

Regierung setzt eine Strategiegruppe ein

Die Regierung hat die Einsetzung einer Strategiegruppe zur Verbesserung der Versorgung und Unterstützung von Kindern und Jugendlichen mit Beeinträchtigungen sowie deren Familien beschlossen. Die Strategiegruppe besteht aus Vertreterinnen und Vertretern des Ministeriums für Gesellschaft und Justiz, des Amtes für Soziale Dienste, des Schulamtes, des Amtes für Berufsbildung und Berufsberatung sowie der Liechtensteinischen AHV-IV-FAK-Anstalten.

Entwicklung eines Systems zur Früherfassung

Das Gremium hat den Auftrag, die bestehenden Unterstützungsangebote in Liechtenstein bestmöglich zu koordinieren, verbindliche Handlungsgrundlagen für die Unterstützung Betroffener zu definieren sowie Versorgungslücken zu identifizieren und der Regierung konkrete Vorschläge zu deren Schliessung zu unterbreiten. «Diese Familien leiden unter starken Belastungen und wir wollen sie seitens des Staates bestmöglich unterstützen», erklärt der Gesellschaftsminister Emanuel Schädler.

Im Vordergrund stehen die Entwicklung eines Systems zur Früherfassung von Kindern mit Beeinträchtigungen, die Etablierung eines Case Managements sowie die Einsetzung eines Fallkoordinationsteams. Ähnlich wie bei der Früherfassung in der Invalidenversicherung soll mit Zustimmung der betroffenen Familien unter Beizug von Fachleuten eine zielgerichtete Fallbetreuung durchgeführt werden.

«Wir erwarten geeignete, für unser Land passende Lösungsvorschläge»

«Wir haben uns nach vielen Gesprächen mit Betroffenen und involvierten Institutionen entschlossen, als Sofortmassnahme die institutionelle Zusammenarbeit zu verbessern. Von der neuen Strategiegruppe erwarten wir dann geeignete, für unser Land passende Lösungsvorschläge für strukturelle Herausforderungen», schildert Regierungsrat Schädler. «Ziel ist es, die Früherkennung zu stärken, damit bereits im frühen Kindesalter zielführende Massnahmen ergriffen werden können, um den Betroffenen die Entfaltung ihrer Fähigkeiten sowie ein möglichst selbstbestimmtes Leben und gesellschaftliche Integration zu ermöglichen.» Gleichzeitig soll eine Entlastung für die betroffenen Familien bewirkt und deren langfristige Begleitung sichergestellt werden. (ikr)